

## Pressemitteilung PKS zur Bedarfsplanung 20.05.2011

---

### Entwurf des Versorgungsstrukturgesetzes verbesserungsbedürftig

Die Politik berät aktuell die Planung der ambulanten ärztlichen und psychotherapeutischen Versorgung. Dazu liegt der Entwurf des sog. Versorgungsstrukturgesetzes vor, der Grundlage einer neuen Bedarfsplanung werden soll. Nach Einschätzung der Psychotherapeutenkammer muss dieser Planungsentwurf dringend auf die Versorgungsrealität psychischer Erkrankungen angepasst werden.

Die Psychotherapeutenkammer des Saarlandes (PKS) macht darauf aufmerksam, dass auch im Saarland in den kommenden Jahren mit einem massiven Abbau von Praxen zu rechnen wäre, sollten prospektive Faktoren, hier vor allem die für psychische Erkrankungen immens gestiegene Morbidität (Krankheitshäufigkeit), nicht in die Bedarfsplanung einbezogen werden. "Eine Versorgungsplanung, die rückwärtsgerichtet ist und lediglich die alten Planungszahlen zur Grundlage hat, wird zu einer deutlichen Verschlechterung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung der Bevölkerung führen", so der Kammerpräsident Bernhard Morsch.

Bereits die Einführung des sog. Demografiefaktors durch den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) im November 2010 hat im Bereich der Psychotherapie dazu geführt, dass Praxissitze wegfallen. Er sollte eigentlich, so der G-BA zur Begründung, zusätzliche ambulante Versorgungsgebiete schaffen, "wenn es Anhaltspunkte dafür gibt, dass der demografische Wandel zu einer erhöhten Inanspruchnahme der Ärzte in den Planungsbereichen führt". Tatsächlich werden jedoch in psychotherapeutisch besonders schlecht versorgten Regionen Niederlassungsmöglichkeiten für Psychotherapeuten wegfallen, da die Inanspruchnahme von Psychotherapie durch die älteren Menschen derzeit relativ niedrig ist, eine beabsichtigte "Quote" nicht erfüllt wird und es so zu Streichungen bzw. Sperrungen von Planungsbezirken kommt.

Als Beispiel kann hier der Kreis Annaberg in Sachsen dienen, der mit nur sieben Psychotherapeuten je 100.000 Einwohner zu den zehn am schlechtesten versorgten Regionen Deutschlands gehört: er wurde nun aufgrund des Demografiefaktors für die Niederlassung von Psychotherapeuten gesperrt. Damit werden gleichzeitig auch Psychotherapieplätze reduziert, die aufgrund der Mindestquote für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen vorzuhalten sind. Dass ausgerechnet dort Niederlas-

sungsmöglichkeiten gestrichen werden, wo Psychotherapeuten wegen massiver Versorgungsprobleme dringend gebraucht werden, ist absurd.

Der G-BA hatte den Demografiefaktor eingeführt, um die Zahl der ärztlichen und psychotherapeutischen Praxen an die zunehmende Zahl älterer Menschen anzupassen. Die Versorgung von Kindern und Jugendlichen sollte dabei nicht beeinträchtigt werden, weshalb der G-BA Kinderärzte ausdrücklich von der Regelung ausnahm, aber diese Ausnahme bei Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten unverständlicherweise nicht machte.

Der Gemeinsame Bundesausschuss verzögerte bereits die Umsetzung der 20-Prozent-Quote für die psychotherapeutische Behandlung von Kindern und Jugendlichen. Jetzt verschlechtert er mit dem Demografiefaktor sogar deren Versorgung.

Die PKS fordert im Einklang mit allen Landeskammern und der Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK) das Bundesministerium für Gesundheit auf, bei der Bedarfsplanung nicht weitere Fehler zu begehen, durch die die Versorgungsrealität auf den Kopf gestellt wird.

Bernhard Morsch

Präsident PKS